

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 265-2018
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.725

Eingereicht am: 27.11.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Sancar (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
Ammann (Bern, AL)
Stähli (Gasel, BDP)
Grimm (Burgdorf, glp)
Benoit (Corgémont, SVP)
Riesen (Sonceboz-Sombeval, PSA)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Auf Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende verzichten

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. auf das ehemalige Jugendheim Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende zu verzichten
2. in Zentrumsnähe eine Alternative zum Standort Prêles zu realisieren, sollte der Regierungsrat an der Strategie festhalten, abgewiesene Asylsuchende separiert unterzubringen

Begründung:

Der Regierungsrat plant, aus dem ehemaligen Jugendheim Prêles ein Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende einzurichten. Wir sind der Meinung, dass dieser Standort als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende nicht geeignet ist. Wir vermuten, dass abgewiesene Asylsuchende nicht nach Prêles gehen würden. Es wäre in den Sand gesetztes Geld, eine klare Fehlinvestition. Prêles ist ein abgelegener Ort, das ehemalige Jugendheim mit dem öffentlichen

Verkehr kaum erschlossen. Kaum würden sich abgewiesene Asylsuchende dorthin wenden. Zudem sind die abgewiesenen Asylsuchenden gerade wegen ihrer unsicheren Zukunft und Ungewissheit unter enormem Druck und in psychisch labilem Zustand. Wie Erfahrungen von Fachpersonen im Asylbereich zeigen, leiden diese Personen an abgelegenen Orten wie Prêles aufgrund der Isolation eher unter psychischer Belastung und haben Zusammenbrüche, die mit nötigen Nothospitalisierungen das Gesundheitswesen nur unnötig belasten.

Der Zugang ist auch für Freiwillige erschwert, da diese weniger niederschwellig den Zugang zum Zentrum haben.

Wir gehen davon aus, dass die Gebäude unterbelegt oder halb leer bleiben würden und der Betrieb mit grossem Aufwand dennoch erhalten werden muss. Wir vermuten auch, dass einige der betroffenen Zielgruppe wohl eher als Sans-Papiers untertauchen würden, was notgedrungen zu prekären Situationen führen wird. Wir denken, dass es auch nicht im Sinne des Regierungsrates ist, wenn er nach kurzer Zeit wieder eine neue Nutzungsmöglichkeit für Prêles suchen müsste, da die Betriebskosten zu hoch sind.

Eine Einrichtung muss aufgrund einer spezifischen Nutzung gezielt geplant und umgesetzt werden und nicht aufgrund der Tatsache, dass sich gerade keine andere Nutzungsmöglichkeit ergibt. Der Kanton Bern hat mit dem ehemaligen Jugendheim 38 Millionen Franken fehlinvestiert, also bereits eine schmerzhaft Erfahrung hinter sich. Eine neue Fehlinvestition darf sich der Kanton, dürfen wir uns nicht leisten.

Daher bitten wir den Regierungsrat, auf Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende zu verzichten und, wenn an der Strategie festgehalten wird, dass abgewiesene Asylsuchende separiert untergebracht werden, eine Alternative zum Standort Prêles in Zentrumsnähe zu realisieren.

Verteiler

- Grosser Rat